

Gründung 1848. — Monatsheft. Bezugspreis 3.00, mit Zustellungsgebühr 3.50. — Einzelhefte 10 Pf. — Druck- und Verlagsanstalt: Merseburger Zeitung, Merseburg.

Gründungspreis für den 10. Jahrestag 10 Pf. im Voraus. — Einzelhefte 10 Pf. — Druck- und Verlagsanstalt: Merseburger Zeitung, Merseburg.

Mit den amtlichen Bekanntmachungen des Stadt- und Landtages Merseburg.

Einselpreis 10 Pf.

Merseburg, Donnerstag, den 22. September 1932

Nummer 223

Vor einer Klärung im Preußentonnflikt

Zieht der Landtag den Gehorhams-Antrag zurück?

Eine erste Erklärung der NSDAP. — Die Regierung verlangt mehr. — Vertagung bis November?

Frankreich und die „Marnechlacht“.

Von unserem künftigen Pariser Vertreter.

In diesen Tagen, in denen Frankreich mit so viel lebhaften Interesse die Verhandlungen der vielgerühmten Marnechlacht begehrt, ist es in der französischen Presse von großem Interesse, Artikel über den „entscheidenden Sieg an der Marne“ zu lesen. Diese dilettantischen Schilderungen haben in unermesslichem Maße zu den laudatorischen Urteilen, die sich in der französischen ausländischen Presse laut werden. Hat es überhaupt eine Marnechlacht gegeben? Die Frage ist auch von französischen General Gallien, der bekanntlich zu Beginn des Krieges Oberkommandeur von Paris war, in seinen berühmten „Aufzeichnungen“, die kürzlich zur Veröffentlichung kamen, beantwortet worden. In seinen Memoiren bemerkt sogar der Marschall Joffre, daß die Marne nur eine „epiföische Rolle“ spielte in der Schlacht „Marnechlacht“; in nach jenen strategischen Operationen von der französischen Obersten Heeresleitung erlitten wurde.

Die Wirklichkeit hat es eine Marnechlacht gegeben. Jedoch nicht gegeben, sondern es fanden dort eine Reihe von militärischen Operationen statt, die auf vier verschiedene Aktionen zurückzuführen sind. Zunächst eine deutsche Offensive auf Neu-Chateau, die am 4. September 1914 einbrach und zwar auf beiden Flanken von Verdun, und die auf die zweite und dritte französische Armee unter General Sarrail und Gailletien trafen. Eine zweite deutsche Offensive in südlicher Richtung, die vom Zentrum der deutschen Armeen ausgeht wurde, und die gegen die mittlere französische Armee, die unter General Foch stand, gerichtet war. Diese Offensive hatte bemerkenswerte strategische Erfolge erzielt. Dann eine französische Offensive, die Gallien von Paris aus gegen den rechten Flügel der deutschen Armee in der Gegend von Arras und der zweiten Armee unter von Billow eine zweite Offensive. Schließlich eine britisch-französische Offensive, die von General Foch ausgeht wurde und welche den Flügel der zweiten Armee und die Verbindungen mit der ersten Armee bedrohte, und so die Zurücknahme dieser beiden Heeresgruppen notwendig machte.

Die deutsche Front wurde im Anschluß an diese Operationen auf die „Tinie ihres rechten Flügels“ zurückgeworfen. Aus der Verortlichung der deutschen und französischen Dokumente ergibt sich, daß nur die erste und die zweite Armee dem Druck der britisch-französischen Offensive weichen mußten, während die Zurücknahme der dritten Armee von den fünfzigsten Divisionen von der deutschen Obersten Heeresleitung aus rein strategischen Gründen angeordnet wurde. Bei dieser Offensive, erklärte der britische Kriegsberichterstatter Trenchard, sind nicht die deutschen Soldaten getötet worden. Darf nicht im Hinblick den Rückzug der deutschen Armeen darauf zurück, daß die deutschen Führer bei der geringsten Erschütterung ihrer Front oder Flügelstellung sich leicht abgaben. Es sei für jeden verständlich, daß die deutsche Oberste Heeresleitung vorhanden gewesen. Die französischen Aufstellungen bei Saint-Mihiel waren im weiteren Verlauf des Krieges von den deutschen Truppen weit hinter durchbrochen worden und selbst als dieser Grund sich auf ein Ziel von 65 Kilometer erstreckte, haben sich die Führer der alliierten Armeen noch immer nicht entschlossen, ihre Front zu berücken.

Der deutsche Rückzug war im übrigen, wie leicht die französischen Führer anerkennen müssen, in nordlicher Richtung durchgeführt. Die Zahl der Gefangenen war verhältnismäßig gering und Material fiel so gut wie überhaupt keines in die Hände des Gegners. Eine der wichtigsten Gründe für den Erfolg der britisch-französischen Offensive an der Marne, das liegt fest, war die vortreffliche Schwächung des rechten Flügels der deutschen Armee, dem General von Hoffe nacheinander eine Brigade für die Belagerung von Arras, ein Armeekorps für den Vormarsch auf Metz und eines für die Belagerung von Metz. Diese Maßnahmen hatten sich nicht nur als erfolgreich erwiesen, sondern auch zwei Armeekorps vom Deutschen entzogen. Wie man in Frankreich Gallien als „Sieg an der Marne“ urteilt, so nennt man die Helde dieses Sieges. Der populärere der beiden ist amielles Joffre. In ihm

Staatspartei. Der Antrag ist also abgelehnt. (Händelstücken und anhaltende ironische Jurze bei den Nationalsozialisten.)

Das Haus tritt nunmehr in die Tagesordnung ein und überweist zunächst für 200 Anträge den einzelnen Ausschüssen. Entgegen dem Wunsch des Reichstages wird die vorgelegte Beratung des nationalsozialistischen Antrages auf Vorberatung der Reichsregierung in den Gemeindevorständen von der Tagesordnung abgelehnt.

Es wird dann die vor Monaten beantragte Ausgabe über Verwerfungsangelegenheiten fortgesetzt. Der Reichstag teilt mit, daß er nach Einbringung in das Stenogramm den Ausschluß des kommunistischen Abgeordneten Kasper zurücknimmt, zumal ihm mitgeteilt worden sei, daß der Ausdruck nicht bloß gemeint gewesen sei.

Es folgt die Beratung der Notverordnung vom 14. Juli über die Feststellung des Haushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1932, die noch von der Regierung beantragt worden ist.

Abgeordneter Heilmann (SPD.) bespricht es als bemerkenswert, daß in dieser großen politischen Aussprache die größte Partei des Hauses noch nicht das Wort genommen habe. Den letzten Redneren sei es gleichgültig, was der Landtag beschle. Die preussische Vertretung sei ohne jeden politischen Einfluß. Die Verantwortung der Nationalsozialisten für die Regierung haben bestritten. (Widerstand bei den Nationalsozialisten.) Im Zusammenhang mit dem Zentrum irgend einen Reichstag zu beenden, wäre Vermeidung. (Stürmische Heiterkeit rechts und links.) Sie sprechen aus Erfahrung.) Das ist das Zentrum ein viel zu flüchtig und jeder Verhandlungspartner. Der Reichstag sichere Weiterungen, wie sie noch von Zentrumseite vor wenigen Monaten über den Nationalsozialismus gemacht worden seien.

Abgeordneter Lohse (NSDAP.) erklärt, die Reden der Kommunisten und Sozialdemokraten seien einzig und allein auf den Wahlsieg abgesehen gewesen. Die Sozialdemokratie könne nicht den Anspruch erheben, die Rechte des Volkes zu verteidigen, denn sie habe ihre parlamentarische Macht mißbraucht. Ohne Rücksicht auf Recht und Gerecht habe man nationalsozialistische Beamte entlassen, die Partei unterdrückt und ihre Kämpfer in Gefängnis geworfen. (Unruhe und Jurze bei den Sozialdemokraten.)

Abgeordneter Kube (NSDAP.) erwidert dem Abgeordneten Heilmann, er habe es mit unüberhörbarer Stille vermerkt, zur Tagesordnung zu sprechen. Auf die schönen theoretischen Vorträge über Sozialismus komme es nicht an. Aus den schmerzreichen Worten Heilmanns an das Zentrum höre man die tief enttäuschte Liebe eines Liebhabers heraus, der teilhaben müsse, daß sich bei seiner ehemaligen geliebten Wollkäsefrau zur Anwendung eines neuen Verfahrens ergeben. (Große Heiterkeit und Lulle bei den Kommunisten.) Sie machen sich ganz auf als Rebell. Der Redner wendet sich dann gegen den Reichstagspräsidenten von Papen.

Wenn Sie es wagen sollten, uns gegenüber die Vertagung außer Kraft zu setzen, dann müssen Sie sich selbst verantwortlich machen, wenn Repressalien irgendeiner Seite ins Auge gefaßt werden. Wie will Herr von Papen nach der Reichstagswahl gleich weiter regieren, glaubt man, daß Deutschland national und deutsche Selbstbestimmung im neuen Reichstag die Mehrheit haben? (Lachen rechts.) Der 6. November wird kein weiches anderes Bild zeigen als der 31. Juli. Wir werden sehen, ob am 7. November Herr von Papen wieder mit einer Schwächung des Volkes der deutschen Nation beiseite schiebt. (Weißel bei den Nationalsozialisten.)

Das Haus vertagt sich auf Donnerstag, 1. 10. 1932.

Gleichberechtigung mit Mandchureifrage verknüpft

Amerikas Bedingungen für eine Unterstüßung der französischen Stellung.

In dem Bericht des Senators Reed in London und Paris meldet der Washingtoner Korrespondent der „Times“, Reed habe in seiner Unterredung mit Herriot zwar direkt, jedoch deutlich zu verstehen gegeben, daß die Vereinigten Staaten eine öffentliche französische Stellungnahme gegen die deutsche Gleichberechtigungsforderung unterstützen würden, wenn dafür die Franzosen die Forderung Amerikas in den verhänglichen Fragen vor allem der mandchurischen Unterstüßung. Obwohl Stimson sich jeglicher Meinungen über die Mission Reeds enthalten habe, so solle er ihm doch, wie man glaube, die Anweisung gegeben haben, die englische Regierung des Unterstüßung des Völkerbundes durch Amerika bei allen zukünftigen Entscheidungen hinsichtlich der Mandchurei zu versichern.

Herriot ist am Dienstagabend nach Genf abgereist. Den gleichen Tag hat auch der englische Außenminister Sir John Simon verlassen, so daß die beiden Staatsmänner noch einmal Gelegenheit haben, sich vor Beginn der Genfer Arbeiten über sämtliche im Vordergrund des Interesses stehenden Fragen eingehend zu unterhalten. Zum erstenmal seit der Eröffnung der Abrüstungskonferenz im Februar d. J. nimmt Deutschland an der Sitzung des Büros der Konferenz nicht teil. Die deutschen Beamten des Völkerbundsekretariats bleiben ebenfalls fern, soweit sie nicht beruflich verpflichtet sind, an ihr teilzunehmen. Die Aufgabe des Fernbleibens Deutschlands berechtigt vollständig die allgemeine Lage und steht im Mittelpunkt des Interesses.

Scharfe Erklärung Stimsons.

Das Büro der Abrüstungskonferenz trat an einer Sitzung zusammen, an der zum all-

gemeinen Erkenntnis Herriot wieder nicht teilnahm. Überall wird lebhaft die Frage erörtert, weshalb Herriot lediglich für einen Tag nach Genf gekommen ist und den Völkerbund nicht bet. Von französischer Seite wird als Erklärung für das Fernbleiben Herriotics lediglich angeführt, daß Herriot nicht als einziger Ministerpräsident an der Sitzung teilnehmen könne, da der deutsche und der englische Kabinettschef nicht nach Genf gekommen seien. Diese Erklärung wird allgemein als rein diplomatische Begründung aufgefaßt. Herriot soll tatsächlich erwartet haben, daß ein wichtiger Vertreter der Vereinigten Staaten an der Sitzung teilnehmen würde. Da die amerikanische Regierung nur ihren Berner Gesandten Wilson in die Bürosmission entsandt hat, hat dann Herriot seine sofortige Abreise nach Paris beschlossen. Er wird erst Montag wieder nach Genf zurückkehren. Herriot verläßt somit kurz vor dem Eintreffen des Reichsaußenministers Genf.

Die Bürositzung verlief vor fast leeren Tribünen, ohne das geringste Interesse. Es machte sich allgemeine Notlosigkeit und Teilnahmslosigkeit geltend. Außerordentlich wichtig ist jedoch eine scharfe Erklärung Stimsons, der den völlig ergebnislosen Verlauf der Abrüstungsverhandlungen und die hoffnungslose Lage deutlich darstellte. Das Büro müßte dem Kommissionschef sofort praktische Maßnahmen im Sinne einer Abrüstungsüberprüfung auf das von Sowjetrußland angebotene Drittel vorschlagen. Unter diesen Umständen würde Deutschland, dessen Fernbleiben das Büro außerordentlich bedauern müßte, vielleicht wieder in die Abrüstungskonferenz zurückkehren können.

Beim Zusammentritt des preussischen Landtages am Mittwoch berichtete auf den Tribünen Herr von Papen, daß der Reichstag nicht befehle. Auf der Regierungsbank blähte wieder gehörende Neere. Nachdem Präsident Kerrl die Sitzung eröffnet hatte, erzielte er sofort den nationalsozialistischen Abgeordneten Kasper das Wort, der für seine Fraktion folgende Erklärung abgab:

Anfangs der Erklärung der Presse des Reichstags und des Herrn Reichstagspräsidenten von Papen, bezüglich der Auffassung der nationalsozialistischen preussischen Landtagsfraktion zu den Rechten und Pflichten der Beamten des Reichstagspräsidenten in Preußen gegenüber, erklärt die Fraktion folgendes: Die Fraktion hat am 20. August den kommunistischen Antrag scheinbar, da am gleichen Tage auf Anforderung der kommunistischen preussischen Regierung sämtliche Reichstagsbeamten im Gegensatz zu den Eigenschaften der früheren Regierung und im Gegensatz zu den Rechten der Volksvertretung verboten war, die Nennung des Präsidenten überhaupt zu betreten und ihrer pflichtgemäßen Berücksichtigung der Volksvertretung gegenüber nachzukommen. In den letzten drei Wochen hat die preussische Regierung — wohl unter dem Druck dieser Entscheidung — sich bemüht, weitere Verfassungsverletzungen gegenüber der Volksvertretung zu vermelden. Die nationalsozialistische Fraktion des preussischen Landtages erklärt dazu, daß sie nicht daran denke, von sich aus gegenüber einer im Rahmen ihrer verfassungsmäßigen Befugnisse handelnden Regierung die Beamten und Staatsangehörigen zu einer Verletzung ihrer Pflichten aufzufordern. (Lachen links.) Soweit die Reichstagskommission von Papen und Dr. Brauns unter dem Druck des Herrn von Hindenburg, an dessen Verfassungstreue Zweifel nicht bestehen können (Lachen links), im Rahmen der auch von ihnen beschworenen Verfassung handeln, sieht es die Fraktion der Nationalsozialisten für eine selbstverständliche Pflicht aller Beamten und Staatsangehörigen an, auch über die Verletzung und Geheiß preussischer Pflichten zu beachten. (Anbauendes Gelächter links.)

Abgeordneter Jürgensen (SPD.) bringt mehrere Anträge seiner Fraktion ein, u. a. soll die politische Säulung im Reichstag zum Occasion einer Untersuchung durch den Polizeiausschuss ernannt werden. In einem weiteren Antrag erhebt die sozialdemokratische Fraktion allerdingen Widerspruch gegen den Inhalt der Besprechungen zwischen dem Reichspräsidenten und dem Landtagspräsidenten. Der Landtagspräsident sei nicht berechtigt, im Namen des Landtages ohne Auftrag Verhandlungen zu führen.

Das Haus beschließt, den ersten dieser Anträge über die Hausordnung im Reichstag dem Polizeiausschuss zur Überweisung. Gegen die Auslegung des zweiten Antrages über das Verhalten des Landtagspräsidenten wird von nationalsozialistischer Seite Widerspruch erhoben.

Abgeordneter Kasper (Komm.) der dann das Wort erhält, beginnt seine Ausführungen mit den Worten: „Der Brauns-Vertrag, bei dem dem Ausland entlehnt bei der Nationalsozialisten größte Erregung, während bei den kommunistischen Handeltreiben und Befallrufen laut werden. Präsident Kerrl schließt den Abgeordneten Kasper wegen grober Verletzung der Ordnung von der Sitzung aus. (Händelstücken bei den Nationalsozialisten.) Abgeordneter Fied (Komm.) protestiert dagegen, daß kein Fraktionskollege Kasper wegen eines Wortspiels von der Sitzung ausgeschlossen worden sei. Er bringt weiter den Antrag ein, der Landtag möge seine Auflösung zum 30. November d. J. beschließen. (Lachen bei den Kommunisten.) Abgeordneter Fied (Komm.) protestiert dagegen, daß kein Fraktionskollege Kasper wegen eines Wortspiels von der Sitzung ausgeschlossen worden sei.

Er bringt weiter den Antrag ein, der Landtag möge seine Auflösung zum 30. November d. J. beschließen. (Lachen bei den Kommunisten.) Abgeordneter Fied (Komm.) protestiert dagegen, daß kein Fraktionskollege Kasper wegen eines Wortspiels von der Sitzung ausgeschlossen worden sei.

möchte man gemiffermaßen den „Erfinder“ der Marneckschlacht sehen. Dieser selber zeigt in seinen Meinungen wie falsch die Auffassung ist, in dem er erklärt, daß er, nach der Niederlage in den Grenzschlachten zunächst einen Gegenangriff auf die Linie Saint-Quentin-Niemois-Ghalons vorbereitet habe, der aber wegen des überhellen Rückzugs der Engländer nicht fortgeführt werden konnte.

Der französische Generalfeldmarschall hatte einen Vorschlag bis an die Seine und die Mündung von Verdun und Nancy vorgelegt. Gallieni aber wollte um seinen Preis Paris aufheben und sich einmündig zur Offensive über, um die Front zu zwingen, diesen Plan anzuführen. Dieser Plan, den Gallieni bekanntlich durchführte, indem er die Taxis von Paris requiriert und mit ihnen die Truppen der Garnison an die Front bestellte. Die Anhänger Gallieni in Frankreich sind angetan, in diesem „Plan“ einen „napoleonischen Geniefehler“ zu erblicken, doch sieht es nicht an Direktstrategen, die behaupten, daß sie die Urheber der „Taxis-Offensive“ seien.

Die „Kriegs- und Marine-Zeitung“ Gallieni ist übrigens in Frankreich noch nicht geschlossen. Jeder der beiden hat seine Anhänger und Gegner, die für ihren jeweiligen Seldnen den ausschließlichen Ruhm des „Siegers“ beanspruchen. Die „Kriegs- und Marine-Zeitung“ ist aber, darin einig, daß von einer sogenannten Marneckschlacht überhaupt nicht gesprochen werden kann. Eine unmittelbare und bedeutsame Wirkung haben in diesem Operationsplan in der Marnegegend für Deutschland die Verluste der „Plan-Schiffen-Flotte“, die rasche Besetzung eines der beiden Geener Deutschlands, das auf zwei entfernten Fronten gleichzeitig kämpfen mußte, war gelichteter.

Eine „Bitte an den Nationalsozialismus“

Der Dichter Hans Grimm und der Politiker und frühere Sozialist August Winnig veröffentlichen in der Berliner „Vorkriegszeitung“ in einem längeren Aufsatz eine „Bitte an den Nationalsozialismus“, in der es heißt:

Wir stellen unser dankbares Zeugnis voran: Wir sind überzeugt, daß die Hitlerbewegung bis zu diesem Jahre Deutschland vor der kommunistischen Wühlung und damit vor der völligen Wiedergeburt der deutschen Kraft des Geistes und der Seele ohne die in diesem Wiederaufstieg unmöglich ist, gerettet hat. Wir leben, daß die Hitlerbewegung vor allem deutsche Jugend getrieben und daß zum ersten Male innerhalb der Hitlerbewegung der deutsche Nationalismus sich erhoben hat über die marxistische Klassenfeindschaft, über die Engherzigkeit der Kleinpartei und über das trübe Schicksal der Religionen und über die Verwirrung der Verwirrungen aus der Veralltümlichung herauszutreten. Und genau an sie herangezogen worden. Der Glaubenssatz ihres Führers, die Diszipliniertheit ihrer Anhänger hat sie seit 1933 davon abgelenkt, sich in den Verwirrungen zu unterwerfen. Bei dieser Erkenntnis und Kenntnis der Dinge waren wir vor der Partei, die sich unverbunden in einer barmherzigen Schlacht mit einer durch sie mit 25% gemordeten neuen nationalen Staatsautorität verurteilt sieht, eine offene Bitte anzubringen:

Die Bewegung möge sich nicht auf jene erstarbte Arbeitselemente treiben lassen, von wo aus nur mehr Arbeitselemente und das heißt, die Arbeitselemente getrieben werden kann und von wo aus in ununterbrechbaren Klassenkämpfen wie die Partei und ihre Führer am allerbesten wissen, weder Deutschland noch der deutsche Arbeiter errettet werden können. Uns ist das Wort einer deutschen Dichterin bekannt: „Widmet hat den Staat gewollt, Stein das Reich.“

Wir meinen, in unseren Zeiten habe die nationalsozialistische Bewegung das Reich am stärksten und wirksamsten gewollt und sie habe das deutsche Volk am stärksten und wirksamsten als unter Volk jemals vor. Dieser Preis und diese Unverletzlichkeit für Deutschland steht aber bei der Anerkennung — von außen und innen anzuwenden — Taktik der Partei für jeden Vaterlandsliebenden auf dem Spiel.

Dem mit einer laienwissenschaftlichen Arbeitnehmerschaft das Reich nichts mehr zu tun.

Bracht fordert von Berlin Vereinfachung der Verwaltung.

Der Berliner Oberbürgermeister Dr. Sahn hat am Dienstagabend vom preussischen Innenminister Dr. Bracht durch die Hand des Reichspräsidenten zwei Erlasse erhalten, die er gegen den Magistrat und den Vorsitzenden der Bezirksämter zur Kenntnis brachte.

In dem ersten Erlasse nimmt Bracht Bezug auf die Erörterungen der zahlreichen Deputierten der Stadt Berlin zur Frage der Neuorganisation der Verwaltungsorgane. Bracht kündigte an, daß er, falls die Selbstverwaltungsorgane des Reichs nicht in kurzer Zeit zu einem brandenburgischen Ereignis kommen, dem Reichspräsidenten Vorstellungen werde, diese Aufgabe durch eine auf die Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der Staatsmacht von Ländern und Gemeinden vom 24. August 1931 gestützte Verordnung zu lösen. Aber auch bei dieser Verordnung, sollen nach Brachts Ansicht in erster Linie die Selbstverwaltungsorgane der Stadt Berlin die Entscheidung treffen. Bracht ermahnt, ihm bis zum 15. Oktober zu berichten, ob ein Gemeindefesthalten über die neue Einsetzung der Verwaltungsorgane eine Zustimmung der beteiligten Bezirksverwaltungen erreicht worden ist.

Zu dem zweiten Erlasse erklärt sich Bracht bereit, zur Vereinfachung und Verbilligung

Vertagung des Landtages ab Freitag.

Der Preussische Landtag wird Freitag keine Beratungen abhalten und vor den Reichstagswahlen, vermutlich erst Mitte November, wieder zusammentreten. Er wird vor seiner Vertagung seinen Beschluß, sich vom 1. Dezember an in der Reichstagsverwaltung zu residieren, in welcher Form er das tun wird, fest zu machen.

Zu dem Landtagsbeschlusse vom 30. August über das Gehaltsverhältnis der Beamten zur kommunikativen Verwaltung sind kürzlich sehr viele alte Praktiker Einwendungen gemacht, die am Donnerstag beraten werden sollen.

Die Reichsmagazine gegen Preußen

Neuer die angebotenen Maßnahmen des Reiches gegen den preussischen Landtag werden die preussischen Magazine, die am Donnerstag beraten werden sollen.

Auch Herr Klepper mißbraucht Steuergelder.

Das interessante „Sonderkonto“

Die „Deutsche Zeitung“ veröffentlicht in ihrer Mittwochs Ausgabe weiteres Material für den Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtages über Mißbrauch von Steuergeldern unter der früheren preussischen Regierung. Dieses Material bezieht sich mit der Tätigkeit des früheren preussischen Finanzministers A. Klepper. Klepper habe sich bei der Domänenbetriebsgesellschaft, einer Tochtergesellschaft der Domänen, ein „Sonderkonto“ bei der „Sonderbank“ eingerichtet lassen, auf das von der Preußenkasse 300 000 Mark eingezahlt wurden. Die Staatsgelder seien folgendermaßen aufgeteilt worden: „Man begann mit der Verteilung einer Markkorrespondenz, „Grüne Kästen“, die 84 000 Mark wertig waren. Eine andere landwirtschaftliche Korrespondenz, die „Landwirtschaftliche“ hieß, wurde mit laufenden Monatsraten ab 1931 unterstellt.“ Dadurch hat diese Korrespondenz 20 000 Mark erhalten. Auf Verwendung des preussischen Landtagsabgeordneten Kühle erhielt sie auch im Jahre 1932 noch einmal 12 000 Mark.

10 000 Mark überließ Klepper persönlich ausgeben auf Veranlassung des preussischen Landtagsabgeordneten Dr. Feller an einen Schwiegersohn des Verlasses E. F. H. Herr Dr. Weemann,

Scharfe Sprache Italiens für Gleichberechtigung Deutschlands.

Der Hebräerfassung der englischen Note an Deutschland ist eine andere Uebersetzung gefolgt. Die italienische Stefaniagentur wird gefordert abend:

Die italienische Regierung hat ihre Instruktionen für die Genfer Ausschüsse der Abrüstungskonferenz festgelegt. Italien muß Deutschland das Recht anerkennen, den Umfang seiner Rüstungen selbst zu bestimmen, wenn die Gleichberechtigung Deutschlands nicht anerkannt wird.

In der römischen „Italia“ wird in einem langen halbamtlichen Artikel ausgeführt, daß Deutschland das Recht habe, den Versaillesvertrag für gebrochen anzusehen. „Was die italienische Sprache Italiens gegenüber dem Vertrag von Versailles an sich selbst und in sich selbst anerkennen ist. Der Vertrag will, wie alle Verträge, aus Rom bestehen, seinen Sitz machen. Er will die letzten Worte der Friedensdiktate befestigen. Deutschland ist sich selbst rechtlos gemacht durch Italiens Vorstoß in eine neue Phase. Die italienische Aktion ist deshalb von so großer Bedeutung, weil schon der Vorstoß der Abrüstungskonferenz, Henderis Deutschland's Forderungen auf Gleichberechtigung ausdrücklich anerkannt hat.“

In Paris haben Henderis Erklärungen, Deutschland leide unter dem Mißtrauen der Ungerechtigkeit und der Nichterfüllung der von den Alliierten gemachten Versprechungen, allgemeine Erregung hervorgerufen. In den Pariser Blättern kommt die Enttäuschung über Henderis Offenheit zum Ausdruck.

der Stadt Berlin auch Änderungen in der Verfassung der Berliner Verwaltungsorgane vorzunehmen. Er denke dabei in erster Linie an die Einführung einer der föderalistischen Stadtratsverfassung ähnlichen Verfassungsreform in den Verwaltungsorganen, die die Verwaltung des Reichs in dem Entwurf eines Selbstverwaltungsorgans für die Hauptstadt Berlin vorsehen war.

1 Million im Arbeitsdienst!

Vertreter der Organisationsfür den freiwilligen Arbeitsdienst waren gestern beim Reichswirtschaftsrat und beim Reichsarbeitsminister. Wie man bekannt hat, ist die Zahl der Arbeitsdienstpflichtigen bis 1934 zu gehen soll, und daß hierfür die erforderlichen neuen Arbeitsmittel bereitgestellt werden.

In den Berliner „Stimmen“ mahnten in der Dienstleistungspräsentation Gemeindeführer, unter Aufrechterhaltung der Gemeindeführer, die die Zahl der Arbeitsdienstpflichtigen bis 1934 zu gehen soll, und daß hierfür die erforderlichen neuen Arbeitsmittel bereitgestellt werden.

Kerz hat der Kanzler mit seinem Wort angekündigt, welche Maßnahmen er ergreifen wird. Er hat aber gesagt, die Folgen bei Aufrechterhaltung des Beschlusses würden sehr ernst sein.

Die geistliche Konferenz hat den Ausführungen des Kanzlers hierüber in allen Teilen zugestimmt.

Am Mittwoch früh Sozialdemokraten, Zentrum und Deutschnationale Schritte beim Landtagspräsidenten Kerz unternommen, um eine Nachprüfung des von Nationalsozialisten und Kommunisten im Landtag gefassten Beschlusses herbeizuführen, der das preussische Staatsbeamten zum Ungehorsam gegenüber der jetzigen Preußenregierung aufforderte.

Der Schritt der drei großen Parteien beweist, daß man eine weitere Verschärfung des Konflikts nicht mitmachen will. Man konnte erwarten, daß die Mitglieder der parlamentarischen Gegenseite zur kommunistischen Preußenregierung hätten stehen sollen.

Der das Geld angeblich für Zwecke der Sozialdemokratischen Partei in Berlin benötigte. Dem preussischen Volksminister Dirlewanger wurden im Jahre 1932 5000 Mark für die Zwecke der Sozialdemokratischen Partei in Uebereinstimmung mit der Beschlusse des Reichstages im März 1932 dem staatsparteilichen Landtagsabgeordneten Wachstorf de Wente zugesagt. Ein Betrag von 20 000 Mark wurde zur Bestätigung der NSDAP an eine besondere Stelle angelegt.

30 000 Mark wurden dazu verwendet, die Domänenbetriebsgesellschaft (sahlos) zu halten, nachdem sich eine Verbindlichkeit eines ihrer Vorstandsmitglieder als unerschütterlich erwiesen hatte. Von dem Rest wußt man zwar, daß er veranlagt worden ist irgendwelche Zwecke oder darüber konnten nicht aufgefunden werden. In einem Fall, es handelt sich um eine Mischung von 5000 Mark, denen 20 000 Mark zugefügt sind, das diesen Zweck an eine bestimmte, hochgehaltene, politische Persönlichkeit geliehen ist. Die Zahlung erfolgte, um Nachrichten über „redaktionelle“ Bewegungen zu beschaffen. Nach dem Vermerk zu urteilen, handelt es sich dabei um eine Verbindlichkeit, die sich in neuester Zeit um den Abschluß einer Koalition zwischen Zentrum und NSDAP bemittelt.“

Der Zwang zum Sparen.

Das Ergebnis der Finanzministerkonferenz der Länder läßt sich im großen und ganzen dahin zusammenfassen, daß von allen Seiten der Zwang zum Sparen nachdrücklich anerkannt worden ist, daß man von einer generellen Bewältigung der Finanzlage durch die Steuer- und Kaufkraft der Bevölkerung absehen, und daß im übrigen den Länderregierungen freie Hand für die Durchführung derjenigen Sparmaßnahmen gegeben hat, die jeweils für notwendig gehalten werden.

Stammlich hand in handlicher Sinn die Konferenz in Berlin ein Sparprogramm, dessen praktische Durchführung geprüft wurde, es konnte also nicht ihre Aufgabe sein, Maßnahmen zu beschließen, die der erstrebten Belebung der Wirtschaft genau entgegenwirken würden. Man hat aber dennoch bemerkt, daß bis zum Eintreten einer wirksamen Erholung der Wirtschaft die Finanzen der Länder und Gemeinden sich noch immer

äußerst schwierig gehalten werden. Dem Vernehmen nach ist aber der Gedanke einer Kürzung der Beamtengehälter vom Reichsfinanzminister aufgegeben abgelehnt worden, da er in Widerspruch zu der gesamten Wirtschaftspolitik stehen würde.

Freilich soll die Frage geprüft werden, ob nicht hier oder da ein Abbau der überhöhten Gehälter, insbesondere der leitenden kommunalen Beamten, möglich wäre. Mit dieser Aufgabe wird sich der Ausschuss zu befassen haben, der aus je einem Vertreter des Reichsfinanzministeriums, sowie der Länder Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg, Thüringen, Mecklenburg-Schwerin und Hamburg besteht. Dieser Ausschuss wird weiterhin die Frage einer etwaigen Einschränkung von Zahlungssterminen, die Möglichkeit der Vereinfachung und Vereinfachung in der Verwaltung, der Nichtüberbelastung von freigeordneten Beamten, sowie der Vermeidung von Aufwänden in der Hauptstadt Potsdam, darstellen angesichts der ständig steigenden Volkswirtschaftlichen der Länder und Gemeinden, und man hat die Hoffnung, daß mit der Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms sowie der Schritte zur Sicherung der Wirtschaft der Staat auf eine Steigerung der Einnahmen für Länder und Gemeinden zu erreichen sein wird.

Vollstreckungen für allgemeine Wehrpflicht.

Der Frontkämpferbund e. S. (Kriegsveteranen, Ehemalige), ein in Bayern gegründeter Verband, hat dem Reichsminister des Innern Zulassungsantrag zur Durchführung eines Vollstreckens gestellt, das die Vollstreckung der deutschen Wehrpflicht auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht zum Ziele hat.

Kaltes arktische Entschädigung.

Nach die Staatswirtschaftlichen „Heften“.

Das es sich bei den Verleuten der russischen Bayern, während der gegenwärtigen Ernteperiode, zuerst die eigene Ernährung sicherzustellen und dann erst dem Staat das Getreide abzuliefern, nicht mehr um Einzelereignisse, sondern um eine elementare Massenbewegung handelt, wird neuerlich durch eine sonnenklare Mitteilung bestätigt.

Die trägt die Überschrift: „Alle Versuche, das Brot dem Staat zu erhalten, müssen erzwungen werden.“ In ihr wird eine ganze Reihe von Sorgen, die die staatlichen Getreidewirtschaften, aufgeführt, bei denen mangelnde Übereinstimmung zwischen dem geernteten und dem abgeteigerten Getreide festgestellt wird. Der Abgabebestand beträgt in einzelnen Fällen 20 bis 30, in einem Fall sogar 40 v. S. des geernteten Brotes. In einem anderen Fall sind 350 Pferde als Bestand aufgegeben worden, während in Wirklichkeit die Wirtschaft nur 150 Pferde besitzt. Sie wollte also auch sich erlauben.

Es ist nicht zu übersehen, daß es sich bei diesen Sorgen um rein staatliche Unternehmungen handelt, die von den „Getreidewirtschaften“ der Staat abgefordert hat, die für den Staat arbeiten und die infolge dessen von vornherein ihre gesamten Erträge abzuliefern haben. Auch dort wird also „abgehoben“, ein Beweis, mit welcher schweren Sorge man dem kommenden Winter in Sowjetrußland entgegenblickt.

Präsidenten-Wahlkampf in Amerika.

Die „London Daily Mail“ meldet aus Newark: Roosevelt's Balauftritt wird am Dienstag in den demokratischen Blättern veröffentlicht. Sein Hauptinhalt ist das Bekennen zur Staatsverpflichtung gegenüber der Arbeiterschaft, die Einfuhrbeschränkung für einheimische Waren, die härtere finanzielle Verwaltung des Reichs und die Verwirklichung der Wirtschaft. Bis zum Wahltag hat Roosevelt 104 Verleumdungen in der Union abzuhalten.

Das ungarische Kabinett Graf Julius Baroni ist zurückgetreten. Der Reichspräsident hat das Ministerkabinett angenommen und Graf Baroni mit der vorläufigen Weiterführung der Geschäfte beauftragt. Der Ministerpräsident des Kabinetts ist geflohen, um die Vorbereitung für die Entwertung der schwierigen Lage zu schaffen.

In der Tschechoslowakei herrscht allgemeine Aufregung wegen der geplanten Gehaltssteigerung der Staatsbeamten um 15 Prozent. Nicht nur die Beamten selbst, sondern auch die gesamte Gesellschaft ist in Sorge, denn allgemein wird ein neuer Rückgang der Kaufkraft und damit die weitere Verschärfung der Krise erwartet.

Der Reichsminister wird am Donnerstagabend um 10 Uhr über die deutschen Sender über die Hinterliste sprechen.

Die deutsche Abordnung für die Weltvertragsuntersuchung hat die Weltvertragsuntersuchung am Mittwoch nach Genf abgereist.

In dem Haag wurde die neue Sitzungsperiode der niederländischen Generalstaaten von der Königin mit der Erklärung der Thronrede eröffnet. Als die Königin ihre Rede beendet hatte, sprach zwei kommunistische Abgeordnete in Ruhe aus wie: „Begnut die Krone! Wen mit der Königin!“

Die deutsche Abordnung für die Weltvertragsuntersuchung hat die Weltvertragsuntersuchung am Mittwoch nach Genf abgereist.

Neues vom Tage

Ungeklärter Todesfall.

Ein noch nicht geklärteter Todesfall, der sich nachts in einem Lokal in Berlin ereignete, beschäftigt die Mordkommission. Eine Frau, die in Begleitung eines älteren Mannes in dem Lokal erschienen war, erkrankte plötzlich unter Erscheinungen, die an einen Schlaganfall zu denken ließen, und verstarb, ehe ihr ärztliche Hilfe zuteil werden konnte.

Die 53jährige Klavierlehrerin Agnes Wohl (Breslauer Straße 47) hatte gegen Mitternacht mit dem noch unbekanntem Mann die Gastwirtschaft aufgesucht. Das Paar bestellte sich ein Glas Bier und eine Flasche Seltzer. Nachdem Frau W. etwas Seltzerwasser getrunken hatte, begab sie sich zum Waschküchen. Bereits unterwegs wurde ihr Unwohlsein bemerkbar. Für Beistand rief sie nach, kam aber nach kurzer Zeit zurück, besaßte die Bede und sagte, daß er nicht länger auf die Frau warten wolle. Dann verließ er das Lokal.

Als die Frau nicht wieder im Lokal erschien, begab sich ein Nachbeger in den Waschküchen und fand dort die Klavierlehrerin bewußlos auf. Man rief den Arzt der Rettungsstelle und alarmierte auch die Kriminalpolizei. Als der Arzt eintraf, war Frau Wohl bereits verstorben. Eine vorläufige Untersuchung der Leiche ergab den Verdacht einer Vergiftung. Darauf wurde gestern vormittag im Leichenschauhaus durch den Gerichtsarzt Professor Zuhrenfurth ebenfalls eine Untersuchung der Leiche vorgenommen. Der Arzt konnte aber äußere Merkmale einer Vergiftung nicht feststellen. Stürische Markheit über die Todesursache wird erst die voraussichtlich heute stattfindende Obduktion der Leiche erbringen können. Der Mann in dessen Begleitung die Klavierlehrerin verstarb, hat angelächelt hatte, konnte noch nicht ermittelt werden.

Reforblahrt des „Zepp“.

Vernambuco - Friedrichshafen: 67 1/2 Stunden. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist am Mittwochabend von seiner Fahrt nach Südamerika zurückgekehrt und um 9:30 Uhr abgefertigt. Das Luftschiff hat diesmal eine Reforblahrt hinter sich. Die Strecke Vernambuco - Friedrichshafen wurde in 67 1/2 Stunden zurückgelegt.

Der Beleidigungsprozess gegen den „Angriff“.

Am dritten Verhandlungstage in dem Prozess gegen die „Angriff“-Redakteure Dr. Pinner und gegen die Beleidigung des früheren Polizeipräsidenten Dr. Weich und des früheren Polizeipräsidenten Gezeinisch wurde die Zeugenvernehmung fortgesetzt. Dann wurde nochmals Oberregierungsrat Kopp vernommen, dessen eideschwurliche Aussage völlig im Widerspruch zu der Aussage des Kaufmanns Bait steht. Oberregierungsrat Kopp teilt dem Gericht noch mit, daß sich Bait eine Zeitlang in einer Irrenanstalt aufhalten habe und leicht Welker von Hofleuten quateren ließe, weshalb gegen ihn ein Verbot der weiteren Äußerungen ausgesprochen wurde. Als dem Zeugen Bait noch vorgehalten wird, daß er auch einmal ein Jahr Stellung erhalten habe, verneint sich Bait darauf nicht zu befinden. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Schöner, meinte hierzu, daß damit wohl die Glaubwürdigkeit des Zeugen Bait erledigt sei. Der Vorsitzende teilt dann noch mit, daß der frühere Staatssekretär Weichmann aus Vöckern mitgeteilt habe, daß er aus Gesundheitsrücksichten nicht vor Gericht erscheinen könne. Das Gericht ordnete die kommissarische Vernehmung des Staatssekretärs Weichmann in der Verhandlung an. Die Verhandlung wird am Freitag fortgesetzt werden.

Der Feuerwehrlaund idassit!

In den Morgenstunden bedrohte in Mittelsachsen ein gefürchteter Mann seine Mitmenschen. Als einige Polizeibeamte und zuletzt auch das Heberfallkommando eintrifft, verhielt er sich in der äußersten Dummheit des Sautes. Er bedrohte die Polizei mit Schreien, einer Art und anderen Schreien. Da die Polizei nicht ohne Gewalt an den Kranken herantreten konnte, wurde die Feuerwehr einberufen. Als jetzt ein Schuß auf das Fenster gerichtet wurde, kam der Mann heraus und ließ sich ohne Widerstand festnehmen. Er wurde mit dem kühnsten Unschlagen dem Protophospizal zugeführt.

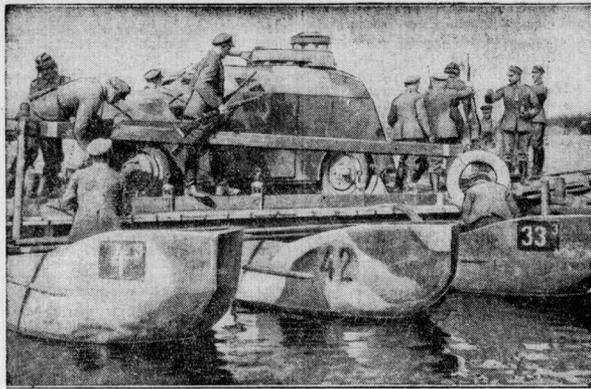
Der dritte Manövertag.

Technische Aufklärungsmanöver. — Flußübergang bei Fürstenberg. — Hindenburg als Gast.

Bei den Herbstmanövern an der Oder kam es auch am dritten Tage nicht zu größeren Gefechten. Die zahlreichen in Gang gekommenen Kämpfe beschränkten sich auf die Aufklärung und Sicherung. So gab es in ihren Einzelheiten außerordentlich interessante und für die deutsche Wehrmacht neue technische Aufklärungsmanöver.

Reben der Gewöhnung der Truppen an die

räumen erfolglosem Anmarsch in acht Stunden überführten. Die Behinderung dieses Brückenüberganges war ein besonders fesselnder Vorgang; ein weit vorgezogener roter Panzerwagen hatte die Bauvereitungen bemerkt und durch Rumpfsprung in allerletzter Zeit weitere Panzerwagen und Motorfahrzeuge herangeholt. Von den Mannschaften setzte bald starkes Maschinengewehrfeuer ein, so daß



Flußübergang von Panzerwagen-Autotruppen der roten Armee bei Fürstenberg über die Oder.

uns verboten, durch Autotruppen barackellierten modernen Waffen, wobei sich rein militärisch die Bedeutung der Gleichberechtigung für die primitive Wehrverteilung ergibt. Die Erprobung der technischen Aufklärung durch Zusammenziehung der wenigen Kraftfahrtruppen aus dem ganzen Reich unter Verbindung mit Kavallerie der Hauptwache der Manöver.

Am Dienstagabend hatte das Heberlegen der Kanallinie

bei und nördlich Fürstenberg und der Aufklärungsverbände weiter nordwestlich Richtung Fürstentwalle begonnen. Die Haupttruppe der blauen dritten Division mußte eine Schiffsbrücke nördlich Frankfurt bei Vebus benutzen, um nach Vorküchen bis kurz vor dem Der-Spre-kanal vor dem umlaufenden Druck der motorisierten roten Kanallinie nach auf 5 bis 10 km an Frankfurt zurückgenommen zu werden.

Der technische Vergleich der Heberlegzeiten hat folgendes Ergebnis gebracht: Die motorisierten Aufklärungsabteilungen haben insgesamt 30 Stunden gebraucht, der Hebergang einer Kanallinie über ein zwei Meilen langes mit je einer motorisierten Pontonfähre erforderte nur 12 Stunden, weil die zeit- und platzraubende Verhüllung der Motorfahrzeuge fortfiel. Die wieder erheblich größere Kampfkraft von zwei Infanterieregimentern von zugehöriger Artillerie und Trup hat die von einem Pioneerbataillon trotz schwerer feindlicher Behinderung

in sechs Stunden erbaute Pontonfährsbrücke bei nach und nach mit großen Zwischen-

die schwache Brückenpflöschung maßlos war und erst weiterstrom unter gewaltiger Dedung durch Maschinengewehre und Geschütze eine Schützenkompanie übergesetzt werden mußten. Dieser gelang es dann allerdings, um die Panzerwagen und Motorfahrzeuge herum alle Strohen, auf deren Benutzung die Wagen angewiesen sind, berat mit Schnellgerät zu sperren, daß die Wagen schließlich in „der Mause Falle“ lebten. Viehen Gebes waren also die Motorfahrzeuge, die nicht rechtzeitig ihre Beweglichkeit zum Rückzug benutzt hatten, an ihrer Technik gescheitert. Ein kleines Zwischenpiel: Eine blaue Fahrzeugschwadron wurde von einem roten MG zerschossen, konnte aber zur Wut des kranken MG-Schützen erst nach einer halben Stunde als tot erklärt werden, weil kein Schießrichter da war.

Reichspräsident von Hindenburg begab sich am Mittwochmorgen bei Fürstenberg aus in die Oder, um den Hebergang von Sellen der ersten und zweiten Kanallinie über den Strom zu beaufsichtigen. Dann beauftragte er die motorisierten Aufklärungsabteilungen der roten Partei bei dem Fürstentwalle. Auf dem zwischen Müllrose und Frankfurt gelegenen Weichselde mußte er Kämpfe zwischen der Aufklärungsabteilung zwei, der vierten Kanalliniebrigade und dem Infanterieregiment 9 bet. Der Reichspräsident begab sich dann nach Neuhardenberg, wo er als Gast des Grafen Hardenberg die Nacht verbrachte. Der Reichspräsident wird auch dem Abschluß des Manövers am Donnerstag noch beiwohnen und gegen Mittag an der Schlußbesprechung im Schützenhaus zu Frankfurt a. O. teilnehmen.

Kinderraub im Jugoslawo.

Ein Kinderraub im vornehmen Viertel Neupors, der an den furchtbaren Mord an dem Vinoberg-Kind erinnert, rief in Neupors ungeheure Aufregung hervor. Der achtjährige Sohn Arthur des Advokaten J. A. Ruffel wurde, als er vor dem Hause seines Vaters spielte, von einer Bande von Verbrechern, die in einem Luxusauto vorgefahren war, ergriffen und in den Wagen gezwungen. Das Auto kannte in rasender Fahrt mit dem Kind davon.

Nach einiger Zeit rief ein Mann bei dem Vater an und verlangte ein Lösegeld von 25000 Dollar. Er erklärte, er würde nochmal anrufen, wenn er jedoch nicht lat. Es ist bisher noch nicht festgestellt, wer der Erpresser war. Kurz vor Mitternacht wurde das Kind gegen 10 überlochend, wie es geräut worden war, von drei Frauen in sein Heim zurückgebracht. Die Polizei sucht vor einem Häfel. Es ist ihr bisher nicht gelungen, den Verbrechern

auf die Spur zu kommen. Es kann sich unter Umständen um einen politischen Anschlag handeln, da der Vater des geraubten Kindes der Schmiegerin des unter dem Namen „Big Tom“ bekannten Arbeiterführers Slattery ist.

Reichsverband Deutscher Post- und Telegraphen-Beamten.

Der 21. Verbandstag des Reichsverbandes deutscher Post- und Telegraphenbeamten nahm am Mittwoch in Berlin seinen Anfang. Die rund 150000 Beamten vor allem des unteren und mittleren Dienstes bei der Reichspost, die Mitglieder des Reichsverbandes sind, werden durch über 100 Abende aus allen Teilen des Reiches vertreten. Nach einer Begrüßungsansprache des Bundesvorsitzenden überbrachte der Bundesvorsitzende den Tagung die Grüße der Spitzenorganisation.

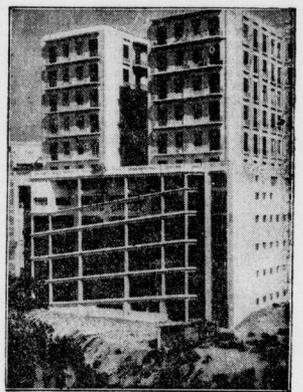
Bier Menschen scheiden aus der Welt.

In der Villenkolonie Gauting unweit von München spielte sich ein schreckliches Familiendrama ab. Der frühere Oberregierungsrat Dr. Wilhelm Juchit tötete sich im Herrenhaus seines prächtigen, in einem großen Park gelegenen Besitztums durch einen Schuß in den Kopf. Seine 73jährige Schwiegermutter, die Rentnerin Sophie Lind, seine 63jährige Schwägerin, die Rentnerin und Fabrikbesitzerin Ring und deren 43jährige Tochter wurden in der mit Gas gefüllten Küche tot aufgefunden.

Ein Bekannter des Oberregierungsrats Juchit hatte die briefliche Aufforderung erhalten, zu einer Besprechung nach Gauting zu kommen und fand, als er mit dem schon seit 30 Jahren bei der Familie Juchit angelegten Hausverwalter das Herrenhaus betrat, die vier Personen tot auf dem Boden. Der Tod ist offensichtlich im gegenseitigen Einvernehmen herbeigeführt worden. Als Grund wird drohender Verlust des einzigen Millionenvermögens der Familie angenommen.

Zu dem Familiendrama in Gauting wird noch gemeldet, daß Oberregierungsrat Dr. Juchit im 61. Lebensjahre stand. Er hat die Tat wahrscheinlich schon am Dienstagabend begangen. Gegen Abend rief er den Hausverwalter der Gendarmenstation Gauting telefonisch an und ersuchte ihn, am Mittwochmorgen um 11 Uhr herauszukommen. Als der Beamte mit dem im Nebengebäude wohnenden Hausverwalter das Herrenhaus betreten wollte, fand er vor der Tür einen Schuß mit zwei Briefen, von denen einer für den Hausverwalter und der andere für den Hausverwalter bestimmt war. Das Hausverwalterbeamt besichtigte, daß die Familie noch am Dienstag um 10 Uhr beisammen war, und zwar dem Ansehen nach in durchaus guter Stimmung. Der Unfall, aus dem Leben zu scheiden, dürfte aber um diese Zeit bereits gefast gewesen sein. Es behauptet sich, daß als Grund der Tat nur Vermögensverlust in Frage kommen kann. Angeblich soll Oberregierungsrat Dr. Juchit schwere Verluste durch einen Bankier erlitten haben. Die Weichen der Opfer des Dramas wurden am Mittwoch zur Feuerbestattung nach dem Münchener Friedhof überführt.

Amerika in Afrika.



Modernes Hochhaus in Oran (Algierien).

Der „dunkle Erdteil“ Afrika beginnt nun auch die Errungenschaften moderner Architektur einzuführen. In Oran (Algierien) entstand dieses 12stöckige „Garagen-Hochhaus“, das mit allen technischen Neuerungen ausgestattet ist. Die Wagen fahren in Serpentin in die Höhe.

Ein halbes Dorf niedergebrannt.

Im Dorfe Borzenice im Kreise Krottschin (Polen) brach ein riesiger Brand aus, der das halbe Dorf in Asche legte. Das Feuer war in einer Scheune ausgebrochen. Der starke Wind trug die brennenden Gärten auf die benachbarten Häuser, die größtenteils mit Stroh gedeckt waren und in kurzer Zeit in Flammen standen.

Es brannten 21 Gebäude mit allen landwirtschaftlichen Maschinen und Gartengeräten ab. Auch zahlreiche Vieh fiel dem Feuer zum Opfer. Die Zahl der Geschädigten beläuft sich auf 111.

Kornfrank, das stärkste Köpplungsgetränk! Das heißt: Ohne rechnen zu müssen gehen uß froh zu sparen!

Aus 1/2 Pfd. für 25 Pfg.



bereitet man 10x



= 100 große Tassen Kaffegetränk



den Wochenbedarf für eine Familie

Die Arbeitsbeschaffung der Reichsbahn.

Die Deutsche Reichsbahngesellschaft hat sich zu einer Beteiligung an dem Programm der Reichsregierung im Interesse der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Belebung der Wirtschaft entschlossen.

Die Deutsche Reichsbahngesellschaft hat sich zu einer Beteiligung an dem Programm der Reichsregierung im Interesse der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Belebung der Wirtschaft entschlossen.

Die Deutsche Reichsbahngesellschaft hat sich zu einer Beteiligung an dem Programm der Reichsregierung im Interesse der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Belebung der Wirtschaft entschlossen.

Heilung und Verbesserung von Gebäuden und sonstigen Anlagen der Reichsbahn in großem Umfang vorgenommen. Weiterhin besteht die Pflicht, das vorräthige Schienen- und Schwellenmaterial mit größter Beschleunigung einzubauen.

Bei der Reichsbahn selbst finden auf diese Weise 24000 Mann mehr Arbeit. Wenn Beschäftigten bei der Bahngesellschaft ein-gelegt werden, so können weitere 6000 Stellen im Betriebe bleiben.

Die Reichspostbeschaffungen.

Die Reichspost, die ja nicht direkt in die Anfordersituation der Reichsregierung einbezogen ist, hat das System der Steuerungs- und Beschaffungsmaßnahmen in großem Umfang ausgebaut.

Lebensmittel gegen Industrie-Ersparnisse.

Die russische Handelsvertretung in London hat ein neues Abkommen über die Lieferung von Eisen, Butter und Geflügel nach England abgeschlossen.

Burbach-Kaliverte.

Keine unwirtschaftliche Erbs- und Gas-ansubstanz. In verschiedenen Tageszeitungen wird der Verwaltung der Burbach-Kaliverte A.-G. der Vorwurf überhöhter Ausbeutung und des Raubbaus der thüringischen Erblagerstätten in Wolfenroth gemacht.

Die zur Veräußerung stehenden 200 Mill. M. sollen dazu verwendet werden, möglichst viel Arbeitsgelegenheiten zu schaffen. Dabei wird besondere Aufmerksamkeit darauf zu richten sein.

Rechtsgewerkschaft.

Berlin, 22. Sept. Nach dem letzten Rüd-schlag war die Stimmung heute weitestgehend zufrieden. Die Arbeiter sind sehr froh und sehr dankbar für die neuen Beschäftigungen an Rhein und Ruhrgebiet und die Entspannung in Preußen.

Textiltrieb gegen Kohlensteigerung.

Nach der Kündigung des Rohstoffs in der schlesischen Textilindustrie ist auch in Ober- und Mittelschlesien ein Streik ausgedroht. Die schlesische Textilindustrie hat sich in der letzten Zeit gegen die Kohlensteigerung verteidigt.

Berliner Produktbörse vom 21. September.

Table with 2 columns: Item and Price. Includes items like Weizen, Roggen, Gerste, etc.

Metallbörse in Berlin am 21. Sept. 1932.

Table with 2 columns: Item and Price. Includes items like Kupfer, Zinn, Blei, etc.

Die Inlandspreise für Zelloff für den 15. Oktober.

Die Inlandspreise für Zelloff für den 15. Oktober sind im Vergleich mit dem 1. Oktober um 10 Prozent im Anstiegen zu stehen.

Rechtsgewerkschaft.

Berlin, 22. Sept. Nach dem letzten Rüd-schlag war die Stimmung heute weitestgehend zufrieden. Die Arbeiter sind sehr froh und sehr dankbar für die neuen Beschäftigungen an Rhein und Ruhrgebiet und die Entspannung in Preußen.

Rechtsgewerkschaft.

Table with 2 columns: Item and Price. Includes items like Allgem. Deutsche Credit-A., Hällescher Bankverein, etc.

Berliner amtliche Devisenliste vom 21. Sept.

Table with 2 columns: Item and Price. Includes items like 1 Dollar, 100 Franc, etc.

Am Morgen der Wiedereröffnung der Arbeitskräfte in den Produktionsprozess.

Am Morgen der Wiedereröffnung der Arbeitskräfte in den Produktionsprozess sind die Kammern der Industrie und Gewerbe in Berlin, Bonn, Köln, etc. tätig.

Aus amtlichen Mitteilungen.

Am 21. September, vorm. 10 Uhr in Amtsgericht Halle a. S., Verhandlung 13, Nummer 45, im Wege der Abgangsbescheinigung die Eigentumsrechte des Betriebsverwalters an der Fabrik an die Fabrik, etc.

Berliner Börse vom 21. September. Large table with multiple columns listing various stocks and their prices.

